

Nd 19.2.07

Tagesthemen

EU schafft Jobcenter für afrikanische Saisonarbeiter, gegen den Rest erhöht sie die Mauern

Die Zahl der potenziellen Migranten aus dem subsaharischen Afrika wird vom italienischen Geheimdienst auf bis zu 1,5 Millionen Menschen geschätzt. Nach Angaben der italienischen Hilfsorganisation CISP sitzen südlich der Sahara sowie in Algerien und Marokko mehr als 150000 Flüchtlinge fest und befinden sich in einer verzweifelten Lage.

Eine Ursache für die wachsende Zahl der Flüchtlinge ist die politische Instabilität. Seit mehr als 20 Jahren erlebt das Afrika südlich der Sahara eine Reihe von blutigen Konflikten. Dabei geht es um interne Machtstreitigkeiten und die Verteilung der Ressourcen. Hinzu kommen viele Konflikte, die oft von der willkürlichen Grenzziehung durch die ehemaligen Kolonialstaaten herrühren. Die Region Westafrika umfasst 15 Länder. Nur zwei Staaten dieser Region haben in ihrer Geschichte noch keinen Putsch erlebt: Senegal und die Kapverden.

Im reichen Norden werden Flüchtlinge vermehrt als Sicherheitsproblem wahrgenommen. So benannte der deutsche Verteidigungsminister Franz-Josef Jung das prioritäre deutsche Interesse am Kongo-Einsatz der EU mit deutscher Soldaten unverblümt: Verhinderung von Flucht und Migration.

Den Verschärfungen der Grenzregimes zum Trotz machen sich immer mehr afrikanische Flüchtlinge auf den Weg in die EU - 2006 schafften es mehr als doppelt so viele wie 2005: Über 30 000 erreichten die Kanaren oder kamen über die Straße von Gibraltar nach Spanien. Die EU reagiert mit dem Ausbau der Behörde Frontex zur Überwachung der See- und Landgrenzen. Frontex könne derzeit über acht Flugzeuge, 13 Hubschrauber und knapp 40 Schiffe verfügen, wurde beim Justiz- und Innenministertreffen letzte Woche in Brüssel verkündet. So glaubt man, für die kommenden Flüchtlingsströme gewappnet zu sein. DS

Amadou M'Bow (31) ist Aktivist der Menschenrechtsvereinigung Mauretaniens (AMDH). Sein Land ist in die Schlagzeilen geraten: 31000 Flüchtlinge aus afrikanischen Staaten haben im vergangenen Jahr die Überfahrt auf die Kanarischen Inseln riskiert. Der Großteil von ihnen ging im westafrikanischen Mauretanien an Bord. 6000 Menschen sollen bei der waghalsigen Flucht umgekommen sein.

David Siebert sprach für ND mit M'Bow über die Flüchtlingspolitik der Union.

Zwecks Bekämpfung der illegalen Einwanderung arbeitet die EU mit Mauretanien zusammen. Wie sieht diese »Sicherheitspartnerschaft« aus?

Europas Ziel ist es, die Einwanderung bereits in Afrika aufzuhalten. Die afrikanischen Regierungen helfen dabei. Nach Libyen, Marokko und Algerien ist nun Mauretanien an der Reihe, den Hilfspolizisten für die EU zu spielen. Die spanische Guardia Civil unterstützt die mauretanische Küstenwache. Mit Satelliten, Radar, Helikoptern und Schnellbooten wird das Meer überwacht. Festgenommene Flüchtlinge werden abgeschoben. Im März 2006 hat die spanische Regierung mit Zustimmung Mauretaniens zwei Abschiebezentren in Nouadhibou eingerichtet. Diese Gefängnislager sind eigentlich für 400 Menschen ausgelegt, nach unseren Recherchen wurden dort aber bis zu 1200 Personen zusammengepfercht.

**Gibt es weitere Berichte über Menschenrechtsverletzungen?*

Man muss zwischen den Transit-Flüchtlingen und den vom UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) anerkannten Migranten unterscheiden. Letztere, etwa Bürgerkriegsflüchtlinge aus Liberia und Sierra Leone, teilweise auch Migranten aus Togo und Côte d'Ivoire, konnten sich mit ihren Familien in Mauretanien niederlassen. Sie sind vom Staat anerkannt, auch die Bevölkerung verhält sich ihnen gegenüber wohlwollend. Die UNHCR-Gelder reichen nicht zum Überleben, aber die Flüchtlinge besitzen eine Arbeitserlaubnis. Viele verdienen ihren Lebensunterhalt im informellen

Sektor.

F.: Was passiert mit den Transit-Flüchtlingen?

Die werden abgeschoben. Mit Senegal besteht ein Rücknahmeabkommen. Obwohl es dort große politische Probleme gibt, erhalten Flüchtlinge aus Senegal in Mauretanien kein Asyl. Das gleiche gilt für Flüchtlinge aus Mali. Das ist ein klarer Verstoß gegen die Genfer Flüchtlingskonvention. Ein weiteres Problem ist die Polizei: Misshandlungen und Willkür sind an der Tagesordnung. Wenn Migranten aufgegriffen werden, dann werden sie von der Polizei so lange gefoltert, bis sie ihre Nationalität preisgeben. Anschließend werden sie in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt.

Die EU hat Mauretanien 2,5 Millionen Euro für die »Bekämpfung der illegalen Einwanderung« zur Verfügung gestellt. Welche Rolle spielt die mauretanische Regierung?

Wir haben zusammen mit Amnesty International und der Internationalen Menschenrechts-Vereinigung FIDH gegen die Lager protestiert. Offiziell heißt es nun, dass sie geschlossen würden. Allerdings tut die Regierung alles, um Informationen zurückzuhalten und die Angelegenheit zu vertuschen. Die Regierung verfolgt ihre eigenen Interessen. Nach dem Militärputsch im August 2005 stellten sowohl die EU als auch die Weltbank ihre Finanzhilfen ein. Unsere Regierung ist schwach und erpressbar. Die EU nutzt dies aus, um ihre Interessen durchzusetzen.

O In der EU wird darüber diskutiert, eine Kontingent-Regelung für qualifizierte Einwanderer zu schaffen. Was -halten Sie davon?

Das ist pervers. Senegal hat die Rücknahme von 4400 Migranten aus Spanien akzeptiert, dafür hat Spanien im Gegenzug versprochen, 4000 Visa für qualifizierte Einwanderer zu erteilen. Eine gezielte Auswahl der Einwanderer kann nicht das Ziel sein. So werden die Probleme nicht gelöst. Die Überquerung des Atlantik in selbstgebauten Nusschalen, ist selbstmörderisch. Bis zu 60 Prozent der Bootsflüchtlinge ertrinken, tagtäglich werden an den Stränden Leichen angespült. Aber diese Leute sind nicht lebensmüde, die Flucht ist ein Verzweiflungsakt. Menschen ohne Hoffnung lassen sich nicht durch Sicherheitsmaßnahmen abschrecken. Es ist ein Skandal, dass Europa im 21. Jahrhundert zur Festung wird.

O Was muss sich ändern?

Wir verlangen von der EU, dass sie ihre Grenzen öffnet. Das Recht auf Bewegungsfreiheit muss als grundlegendes Menschenrecht anerkannt werden. Wichtigstes Ziel bleibt es aber, den Menschen eine Perspektive in ihrer Heimat zu eröffnen. Kein Mensch verlässt freiwillig Familie, Freunde und Heimat. Eine Veränderung der Situation in Afrika müssen wir selber erkämpfen. Europa wird uns keine Demokratie schenken. Europa hat kein Interesse an Veränderungen, es unterstützt die herrschenden Regime. Immerhin gibt es in Afrika viele neue Oppositionsgruppen. Und die Zusammenarbeit unter ihnen wächst - das ist ein Hoffnungszeichen

Pilotprojekt in Mali

Die - EU will ihre Arbeitsmärkte noch in diesem Jahr einen Spalt weit für Migranten aus Afrika öffnen. Den Plänen der EU-Kommission zufolge soll in Mali noch 2007 ein »Migrationszentrum« eingerichtet werden, das Arbeitskräfte für einen befristeten Zeitraum auf unbesetzte Stellen in Europa vermittelt. Als erste europäische Staaten wollen sich Spanien und Frankreich beteiligen. Über die Zahl der Einwanderer und die Finanzierung des Projekts entschieden die Regie

rungen weitgehend selbst, erläuterte ein Sprecher der EU-Kommission. Die Initiative sei nicht frei von politischen Risiken, da die Zahl der Interessenten derzeit noch nicht abschätzbar sei, fügte er hinzu. Das Zentrum werde auch in Mali selbst Entwicklungshilfe leisten und Bildungsangebote bereitstellen. Es solle zudem über die Gefahren illegaler Migration informieren und Rückkehrer unterstützen. Die afrikanischen Arbeiter könnten in Europa etwa als Saisonkräfte in der Landwirtschaft oder im Baugewerbe eingesetzt werden.

Beschlossen wurde das Projekt während eines Spitzentreffens von EU-Entwicklungskommissar Louis Michel und Regierungsvertretern Malis, Spaniens und Frankreichs in der malischen Hauptstadt Bamako. Läuft es erfolgreich, sollen in anderen afrikanischen Staaten ähnliche Zentren entstehen. Die EU-Regierungschefs hatten sich im Dezember darauf geeinigt, gemeinsam mit armen Staaten neue Wege für die legale Arbeitsmigration zu schaffen. Eine gesteuerte Zuwanderung könne allen Seiten Vorteile bringen, hieß es. *epd*